Erscheint alle 14 Tage Mittwochs. Bez.-Preis: Sonntag.
Monats-Abonnement für Oktober 0,60 ℳ u. Gebühr. 2 Zahlstellen.
Anzeigenpreis: 4 mmzeilige Textzeile (Nichtmitgl. ausgeschl.) 0,30 ℳ, obige Schlüsselzahl. Eisenbahnen. 1 Kg. die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 403 Berlin 0,2. Redakt.: Nürnberg 1, Eisenweinstraße 1, 1. Zahlungen: Postscheckkonto 7989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 41 (41. u. 42. Woche) Nürnberg, den 17. Oktober 1923 37. Jahrgang

Die Gefahr von gestern und die von morgen.

Der Arbeiterschaft sind in diesen Tagen furchtbare Gefahren politischer Art vor Augen getreten. Noch nie ist Parlament und Volk bisher in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Regierungskrisis überfallen worden wie in der vorletzten Woche. Die Kosten der Regierungsstürzerei durch die Rechtsradikalen hat nun die Bevölkerung zu tragen. Als die Regierungskrise einsetzte, stand der Dollar auf 100 Millionen Mark, bei Beendigung der Krisis stand er auf 900 Millionen Mark.

Was hatte sich zugetragen? Mit der notwendig gewordenen Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet war mancher Vorteil verbunden. Die Aufgabe des Widerstandes hat trotz scheinbarer Zustimmung der Deutschen Volkspartei im Grunde sehr verdrossen. Denn man ist es ja aus mit den Ruhrkreisen, deren Kunzeier diejenigen waren, die sowieso nicht zu wenig verdienen. In heimlichen Augenblick, in dem man in Bayern dazu überging, auf dem Wege des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterschaft zu regieren, in dem Augenblick, als das Reich sich anschickte, dem Grundsatz: „Reichsrecht bricht Landesrecht" Geltung zu verschaffen, trat plötzlich in Kistrin ein Putsch auf, und zur selben Stunde kamen die Deutschnationalen mit ihrer Kampfansage an die Deutsche Volkspartei, deren schwerindustrieller rechter Flügel denn auch sofort zusammenklappte und gemeinsame Sache mit den Deutschnationalen machte.

Die Pläne der Reaktion wurden mit ganz brutaler Klarheit entwickelt. Die Deutsche Volkspartei kam mit dem Ansinnen heraus, die Deutschnationalen in die Regierungskoalition aufzunehmen. Als ob eine solche Forderung, eine ausgesprochen monarchistische Partei in einer republikanischen Regierung mit Posten zu betrauen, überhaupt diskutierbar wäre. Jedenfalls wußte man, daß mit Feinden der Republik die Sozialdemokratie sich nie an einen Tisch setzen wird.

Die Schwierigkeiten der Reichsregierung sollten nach Ablehnung dieses Ansinnens dann dazu benutzt werden, durch das „Ermächtigungsgesetz" eine verschleierte Diktatur gegen die Arbeiterschaft aufzurichten. Die Ermächtigung der Regierung, weitgehendste Änderungen auf gewisse Zeit auch ohne Mitwirkung des Parlaments vorzunehmen, sollte sich nach den Wünschen der maßgebenden Parteien auch auf die Sozialgesetze und auf die Arbeitszeit erstrecken.

Das alte Spiel, Zugeständnisse nach rechts zu machen und gleichzeitig Konzessionen von links zu verlangen, ist also wieder einmal in Szene gesetzt worden. Es ist Mode geworden, wenn von der erforderlichen Produktionssteigerung die Rede ist, sofort auch immer wieder Ausfälle auf den Achtstundentag hervorzutreten. Obschon Sachkundige und Wissenschaftler wiederholt einwandfrei die produktionssteigernden Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung nachgewiesen haben, obschon sich niemand der plausiblen Tatsache verschließen kann, daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob bei der jahrelangen Unterernährung der Arbeiterschaft eine plötzliche Heraufsetzung der Arbeitszeit selbst um mehrere Stunden überhaupt eine Produktionssteigerung mit sich bringen würde, erscheinen doch bei jeder Gelegenheit die Angriffe auf den Achtstundentag. Die Proteste gegen das Sonntagsarbeeckes, oder gegen den Achtuhrladenschluß in den vorigen Jahrzehnten, die auch nicht verstummen wollen, haben doch mit dem Moment aufgehört, als die Betroffenen selbst die Unrecht eingesehen hatten. Beim Achtstundentag aber wird immer wieder, und zwar wider besseres Wissen der Kampf eröffnet, obschon man weiß, daß der Achtstundentag in Wirklichkeit ja gar noch nicht besteht, da der Arbeiter wenigstens in den ersten fünf Tagen der Woche die Achtstundenarbeitszeit bereits restlich überschreitet, obgleich von der Zeit, die der Hin- und Rückweg zur Arbeitsstelle in Anspruch nimmt.

Ganz widersinnig und absurd erscheint es auch, gerade in Zeiten der Betriebsstillegungen und der Kurzarbeit einer Arbeitszeitverlängerung das Wort zu reden, weshalb man einmal ernstlich fragen muß: Was ist es eigentlich, was unsere Gegner immer erneut den Anlaum auf den Achtstundentag wiederholen läßt? Was steckt dahinter? Der Eingeweihte weiß darum. Es gibt Unternehmer, die ganz ruhig für einen beträchtlichen Teil der Arbeiter die Arbeitszeit ins Unbeschränkte verlängern würden, weil dann Hunderte und Tausende beschäftigungslos auf der Straße liegen würden als billige und willige Reservearmee. Das also ist des Pudels Kern. Die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit läuft hinaus auf das Verlangen nach einem Abbau der Arbeitslöhne. Um die Produktion zu steigern, haben die Gewerkschaften oft genug ihre Stimme für die Verwirklichung der Betriebe erhoben. Die Gewerkschaften sind auch bereit, an Maßnahmen für eine Mehrarbeit und Produktionserhöhung mitzuarbeiten, wo es geboten und nötig ist. Das kann aber ohne Beseitigung des Achtstundentages geschehen.

Diesen Standpunkt hat auch während der Reaktionskrise die sozialdemokratische Fraktion mit aller Deutlichkeit vertreten. Es bestand in der Fraktion kein Zweifel darüber, daß der Kampf aufzunehmen sei, wenn nicht bei den bürgerlichen Parteien die Einsicht einkehre, welch asiatisches Spiel von den Deutschnationalen und dem schwerindustriellen Flügel der Deutschen Volkspartei der sich nurmehr von dieser Partei abgelöstet hat) getrieben wurde. Demokraten und Zentrum scheinen dann auch erkannt zu haben, was in Wirklichkeit zwischen dem Treiben der Nationalisten und Kapitalisten steckt. Sie begannen auf Stresemann einzuwirken und das Resultat war die Wiederherstellung der großen Koalition.

Die Pläne der Schwerindustriellen sind damit gescheitert. Aber kein Mensch kann sich darüber, daß nicht über kurz oder lang die Reaktionäre erneut auf den Plan treten und ihr Glück wiederum versuchen werden. Die Reaktion hat ihr wahres Gesicht enthüllt und auch ihre Pläne aufgezeigt. Das hat das eine Gute: Die Arbeiterschaft ist gewarnt. Während der Krisis ist in bürgerlichen Kreisen auch der Gedanke eines bürgerlichen Blocks der Mitte erörtert worden, ein Gedanke, den man allerdings sofort wieder fallen ließ. Was das bedeuten würde, muß für die Arbeiter klar sein. Ein solcher Block der Mitte, wenn er überhaupt denkbar wäre, würde jede Sozialpolitik schwer beeinträchtigen oder ganz zum Erliegen bringen, abgesehen von den Konsequenzen, die sich bei politischen Wahlen ergeben würden, wenn man den Bürgerlichen ganz das Feld in der Regierung überlassen wollte.

Die deutschnationalen Rechtsextremisten haben noch weitergehende Pläne, aus denen sie auch kein Hehl machen. Mit Unterstützung der Agrarier und der Schwerindustrie und unter Ausnutzung der Steuerlichen der bäuerlichen Bevölkerung träumen sie davon, das Reich unter einer Rechtsdiktatur zu einem einzigen großen Reaktionsherd zu machen. Ihnen liegt daran, die Lasten der Kriegsfolgen abgelaut auf die wundgeriebenen Schultern des schaffenden Volkes zu machen. Es muß sich jeder darüber klar sein, daß eine solche Regierung der schwärzesten Reaktion die Zerreißung des Reiches bedeutet, die Zertrümmerung der Republik und das Auseinanderfallen der deutschen Volksstämme. Diese Gefahr ist jedenfalls auch von der Demokratischen Partei und der Zentrumspartei erkannt worden.

Die Aufgaben der Arbeiterschaft in dieser Situation sind ihr vorgezeichnet. Die Arbeiterklasse ist der Träger des wirtschaftlichen Fortbestandes. Nie und nimmer kann sie zugeben, daß die kleine Schicht der Großkapitalisten wieder in den Sattel steigt, um die Früchte schmunzeln zu können. Die furchtbare Teuerung steigert täglich die Entbehrung und die Not in den Familien, trotz der hohen Nominallöhne. Unsere wirtschaftlichen Gegner möchten diesen langen Entsatz noch vermindern. Um die letzte Kraft aus dem Arbeiter herauszuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eigenem Belieben verlängern. Unabsehbare Not erwartet die Zehnten der Arbeitslosen. Dem Bunde der Arbeitsfeinde gilt es deshalb, entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, erkennt die drohende Gefahr! Ist sie nicht die Zeit, in den eigenen Reihen politische Gegensätze auszugleichen und die Kräfte zu zersplittern. Es gilt, die Kräfte in allen Lagern zu sammeln, die Deutschland vor der schwarzen Reaktion bewahren wollen. Es gilt, Disziplin zu halten und im gegebenen Moment die geeinte Macht des deutschen Proletariats dem Ansturm der Gegner gegenüberzustellen. Es geht um ernste Ziele. Es geht nicht nur um Erfüllungsfragen jedes Einzelnen, es handelt sich um die Volksgemeinschaft. Es geht um den Schutz der deutschen Republik!

Wochen-Rundschau.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem am 31. Oktober 1923 bevorstehenden Abbau der Demobilmachungsverordnungen und erhielt die Zusicherung, die Reichsregierung, die Gültigkeit der Verordnungen betreffend der Gewerkschaftsorte und die Arbeitsamt gewerblicher Arbeiter und Angestellten bis zum 31. März 1924 zu verlängern. Eine Verlängerung der Verordnung betreffend Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten wurde abgelehnt. — Der letztere Vorschlag ist unverständlich angesichts der Tatsache, daß die oft willkürliche Einstellung von Kurzarbeit eine wirksame Anwendung der Betriebsstillegungsverordnung und der Verordnungen gegen Entlassungen darstellen dürfte.

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist, wie im Reichsrat bekannt gegeben wurde, von 185,000 am 1. Juli auf 300,000 am 1. September angestiegen. Seitdem dürfte noch eine gewaltige Steigerung nachgefolgt sein.

Mit Grund des § 9 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge erlässt, dem Minister Preußischen Freiheitsministerium, der preußische Wohlfahrtsminister mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers in einem Erlasse an, daß vom 1. September 1923 ab bis auf weiteres die Wartezeit für Empfänger von Erwerbslosenunterstützung in Preußen allgemein bis auf drei Tage abgekürzt wird. — Den übrigen Gliedstaaten des Reichs zur Nachahmung empfohlen!

Ein Gesetzentwurf zur Neuregelung der Mieten ist für den Reichstag in Vorbereitung. Die bisherigen Wohnungsnotgesetze werden voraussichtlich bestehen. (!) Jetzt sollen die Mieten in weit höherem Maß als es bisher der Fall war, der Geldentwertung angepaßt werden, und wo kommen die dazu nötigen höheren Einkommen her? Minderbemittelten sollen Zuschüsse zur Bezahlung gewährt werden.

Änderung der Lohnsteuer-Ermäßigungsgrenze. Am 1. Oktober trat eine wichtige Änderung der Bestimmungen über den Lohnsteuerabzug vom Arbeitslohn ein. Hierdurch sind die Arbeitslosen in Zukunft die Ermäßigungen selbst zu berechnen. Dabei ist von den in der zweiten Spalte-Sätze in Geltung getretenen Ermäßigungsgrenzen auszugehen. Diese Sätze sind mit einer vom Reichsminister der Finanzen aufgestellten Entwicklung des Lebenshaltungsindex ermittelten und stützen sich bestimmungsmäßigen Verhältnissen. Die Verhältnisse sind daraus für die erste Kalenderwoche des Oktober 3, für die zweite 6. Die Verhältnisziffer für die höhere Zeit wird jeweils als Verhältnisziffer für Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn unter Angabe der Geltungsdauer im „Reichsanzeiger" und durch die Tagespresse bekanntgegeben. Außerdem gewährt das Finanzamt über die Höhe der jeweils geltenden Verhältnisziffer Auskunft.

In Bayern hat der Generalstaatskommissar v. Kahr die sogenannten Gesellschaftsbestimmungen der Sozialdemokratischen Partei verboten und aufgelöst. Die Sturmtruppe der Nationalsozialisten sind nicht angetastet worden. Durch eine besondere Verordnung werden Streik und Aussperrungen unter Androhung von Gefängnis- und sogar Zuchthausstrafen verboten. Mit gleichen schweren Strafen soll die Arbeitsmittelsperre belegt werden. Terrorakte gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, wegen ihrer parteiunlieblichen oder politischen Gesinnung lassen ebenfalls unter diese Verordnung. Als auf weiteres wurde ein Verbot für politische Versammlungen erlassen. Der Generalstaatskommissar erließ weiter eine Verordnung, wonach Landesverrat mit dem Tode bestraft werden kann. — Den Vertretern der rechtsstehenden bayerischen Presse gegenüber erklärte Kahr unter anderem: „Im etwa Klarheit schaffen zu wollen, gebe es nur ein rechts oder links und demzufolge niemals ein Stampfmittel. Nur der Kampf und die Gegenkräfte können zum Ziele führen. Aus dieser Stellungnahme heraus habe er die Zivilschutzabteilungen der Selbstverwaltungskörper ausgelöst und den Boden des Republikanischen Staates errichtet. Weitere Maßnahmen würden folgen.

In Nürnberg ist ohne Angabe von Gründen die demokratische „Morgenpresse" auf 14 Tage verboten worden. Zeitung verbote

Die Hakenkreuz-Epidemie.

II.

Das Paradestück der Hakenkreuzagitation, mit welchem sie auch die Arbeitern Eindruck machen wollen, ist die

Propagierung des Antisemitismus.

Mit ganz besonderer Demagogie wird dem nach Rettung lechzenden Volke weitzumachen versucht, daß an allem Elend nicht der jahrelange Krieg, nicht die Zerstörung aller Werte, nicht die durch den Krieg verursachte Zerrüttung, der Zusammenbruch der Wirtschaft usw. usw. sondern daß dafür lediglich der „jüdische Kapitalismus", die „jüdische Politik" verantwortlich zu machen sei. Diese Methode ist wohl sehr bequem, aber logisch, sicher und ehrlich ist sie nicht. Die Behauptung ist sachlich überhaupt mit nichts zu beweisen. Mit dem Augenblick, mit dem es gelänge, alle jüdischen Elemente in Handel, Bank- und Industrieen zu verdrängen, würden ohne weiteres andere Kapitalisten an ihre Stelle treten. Es gehört eine naive Leichtgläubigkeit dazu, anzunehmen, daß diese Nachfolger, nur weil sie Christen sind, weniger auf Profit bedacht sein würden als die Juden. Die Wurzeln der Profitwirtschaft müssen auf ganz andere Weise ausgerotten versucht werden. Es kann als nichts anderes als politische und moralische Schwäche angesehen werden, wenn ein Volk sich dadurch vom Untergang zu retten glaubt, daß es standig nach einem Schuldigen sucht, immer die Schuld von sich auf einen anderen abzuwälzen versucht und nicht selbst die geistige Kraft aufbringt, die wahren Zusammenhänge zu sehen wie sie sind, um heraufzuleiten, welcher Weg für die Zukunft einzuschlagen ist.

Den Kampf gegen den Kapitalismus — nicht nur gegen den jüdischen, sondern gegen den Kapitalismus als solchen — hat die sozialistisch eingestellte Arbeiterschaft schon vor Jahrzehnten begonnen. Die Ausnutzte des jüdischen Kapitalismus sind offenbindig, das bedeutet aber nicht, daß die christlichen Kapitalisten keine Engel waren. Und nun eine einzelne Kapitalistengruppe herausnehmen und gegen sie den Kampf zu eröffnen, ist und bleibt nur ein halber Weg. Im Kampf gegen eine einzelne Kapitalistengruppe ist man nicht zu erreichen, es tritt bei ihrer Ausschaltung nur eine andere an ihre Stelle. Der Sozialismus hat deshalb den Kampf gegen den Kapitalismus als Ganzes zu führen. Er führt den Kampf nicht gegen nur einzelne Kapitalistengruppen und Personen, sondern er tritt für die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische ein. Auch das verworrene nationalsozialistische Schlagwort von der

Brechung der Zinsknechtschaft

bleibt nur eine hohle Phrase, solange nicht wirklich sozialistisch vorgegangen wird. Wie man sich die Sache praktisch denkt, ist von den Nationalsozialisten auch nie bestimmt gesagt worden. Einen Weg, wie es gemacht werden könnte, haben ihnen die russischen Bolschewisten vorgemacht. Sie hatten den Bolschewismus praktisch und radikal aufgehoben. Diese Maßnahme vermochte aber den Tiefenstand des Arbeits nicht im geringsten aufzuhalten. Es zeigte sich bald auch für Rußland der Einfluß der internationalen kommerziellen und währungstechnischen Zusammenhänge. Mit der Aufnahme der internationalen Handelsbeziehungen durch Rußland mußte der Borsenverkehr wieder eröffnet werden. Die internationale finanztechnische Verfassung bildet sicher ein Gebiet, über welches sich wissenschaftlich diskutieren ließe. Es kann sich nur, ob es überhaupt einen Zweck hat, mit Nationalsozialisten sich in eine solche Diskussion einzulassen. Mit dem Kampf dem Aufkaufkapital und gegen nur eine einzige Kapitalistengruppe wird die Aufhebung der Zinsknechtschaft von der falschen Seite angepackt. Das Leihkapital und Finanzkapital befindet sich nicht ausschließlich in den Händen der Juden. Der größte Kapitalist z. B. der im In- und Ausland zu den gewaltigen Kriegsgewinnen bereichert, ist der Nichtjude Stinnes. Wenn man schon die Zinsknechtschaft des Leihkapitalismus unmöglich machen will, dann muß man alles Kapital einbeziehen, wo man es auch antrifft. Solange die Nationalsozialisten nicht klar sagen können, wie man sich die Sache denkt — und sie können es nicht —, ist auch dieser Programmpunkt als Schlagwort zu werten, als weiter nichts. Über im übrigen die Frage aufwirft: wer spekuliert?, der könnte vielleicht die Erfahrung machen, daß es gerade nationalistische Kreise sind, nationalistische Parteigänger, die an der Quelle sitzen. Ihnen wäre es angst, wenn eines schönen Tages das Leihkapital wirklich ernsthaft bekämpft würde. Man verlästert dieses das Leihkapital der Juden mit der eigennützigen Absicht, als Christ selbst das gleiche Geschäft machen zu können.

Die die Bezeichnung „sozialistisch" und „Arbeiterpartei" bei den Hakenkreuzlern Schwindel ist, um Gedankenlose hineinzulegen, so ist das Gerede von der Brechung der Zinsknechtschaft lediglich eine programmatische Floskel, um einen solchen Schein hervorzurufen. Die eigentliche Agitation der Hakenkreuzler bewegt sich in

hypernationalistischer Phraseologie.

Auf volkswirtschaftliche theoretische Erörterungen gibt man in ihren Versammlungen überhaupt nicht viel. Konzentriertmale ihrer Agitation sind Zoll- und hypernationalistischen Charakters. Ohne ein wirtschaftspolitisches Programm und ohne eine bestimmte Weltanschauung bleibt diese Agitation in Oberflächlichkeiten halten. Durch eingeschliffene Gefühle und eingepaukte Meinungen überhaupt durch Äußerlichkeiten glaubt diese Bewegung allein etwas erreichen zu können. Der Inhalt des Nationalsozialismus, das sehen schon der Name scheinen, ist die ausgesprochene Gewalt- und Machtideenlehre. Vom politischen Aufbau ist überhaupt nicht die Rede. Die ganze Bewegung arbeitet ohne klar umrissene Ziele. Den Nationalsozialisten schwebt eine

terroristische, militärisch organisierte Bewegung

vor, wie etwa die faszistische in Italien. Den besten Beweis liefert die Bildung von uniformierten, meist mäßig bewaffneten Banden (Sturmtruppen), die mit Eifer betrieben wird. Alles ist auf den Augenblickserfolg der Machtergreifung gerichtet, auf Zerstörung des Bestehenden, ohne sich im mindesten genau Rechenschaft abzulegen, was dann geschehen soll. Die sachliche Verantwortung gegenüber der Zukunft, der Wiederaufbau jeder Politik, fehlt den nationalsozialistischen Agitatoren völlig. Ihnen jeden aufsteigenden Gedanken trägt diese Bewegung einen völlig negativen Charakter. Sie macht aus ihrer Verfassungsfeindschaft kein Hehl. Nach den Aussprüchen ihrer Führer ist die Bewegung direkt antiparlamentarisch. Diese Partei geht sich der nawen Hoffnung hin, nationalistisch gesinnte Parlamentarier einfach über den Haufen werfen zu können. Sie macht sich an, in der wirtschaftlichen Entwicklung begründete Weltanschauungen und politische Anschauungen, volkswirtschaftlich erhärtet und in ihren Einzelfragen geklärt auf so und so vielen Kongressen, durch eine oberflächliche Phraseologie neuen Schürfen zu können.

Die Nationalsozialisten haben sich also eine ganz neue Erscheinung in den politischen Kampf ein. Sie tragen einen wüsten Ton in die politische Arena, der im politischen Leben bisher unbekannt gewesen ist. Sie bilden nicht eine Partei im landläufigen Sinne, sie sind wie jede andere Partei betätigt, indem die Idee Anhänger werben, sondern in der Gestalt, Gesellschaften ähnlich, mit gewaltätigen Mitteln sein Ziel erreichen will. Ihrer ganzen zielosen und gedankenlosen Einstellung entspricht auch ihre

Agitationsweise.

Man redet sich ein, alle Parteiziele, überhaupt das Parteileben militärisch umrumpeln zu können. Die Propaganda arbeitet mit Terrorparolen und Terrorakten. Das Kampfmittel ist der Bluff, die Kampfart geht auf nichts anderes als auf Terror hinaus. Ein beliebtes Mittel ist, die Andersdenkenden, militärisch gedrillte Formationen, zu Demonstrationen zusammenzuziehen. Den einen Sonntag wird diese, den anderen eine Kreisgruppe damit beimgesucht. Es erscheinen ein paar Hundert Antiarbeiter, Sturmbannlonnen, uniformiert, mit auffallenden Hakenkreuzarmbinden, mit herausfordernden Aufstreten, je nachdem auch bewaffnet, um ein paar Stunden lang „die Situation zu beherrschen". Daß die radelnde Bevölkerung in der Regel nicht viel Notiz von diesen Leuten nimmt, wird von ihnen nicht etwa als Ablehnung, sondern zur Zustimmung gedeutet. Der Zweck solcher Uebrumpelungsaktionen, Baraden, oder wie man es nennen will, ist offenkundig. Es wird an die

Abenteuerlust grüner Burschen

appelliert. Die auf solche Weise, durch geistige Zuschlächtigen, Anstand oder Bildung an den Tag legen zu brauchen, sich ein fröhlichen Herrentum und überhaupt bei ihnen können. Bauernsöhne, Mittelständlersöhnchen, Gymnasialschüler usw., die von ernsthaften Fragen der Politik noch keinen Dunst haben können, sollen durch diese Studentenspielerei brauchbar und gebunden werden. Das übrige geschieht, indem durch Bearbeitung mit allerlei einseitigen Phrasen die jungen Köpfe methodisch bearbeitet werden.

Die politische Taktik der Hakenkreuzler macht vor keiner Partei halt, ausgenommen nur die kaisertreuen, bis auf die Knochen monarchistischen Deutschnationalen. Ein Dr. Wirth von der Zentrumspartei wird von diesen Leuten

betreten auch in Hof die sozialdemokratische „Oberfränkische Volkszeitung" auf drei Wochen und die sozialistische „Freie Presse" in Coburg auf 8 Tage. Ueber die kommunistische Presse in Bayern wurde ein allgemeines Verbot verhängt.

Tat von Reichskanzleipräsident über das Zentralorgan der Nationalsozialisten, den „Völkischen Beobachter" in München, verhängte Verbot wurde sonntags in München nicht durchgeführt. Das Blatt ist später wegen einer Notiz auf bestimmte Zeit verboten worden.

Die Musterung des Führers des Kampfbundes „Reichsflagge" Seiß, gegen den vom Oberreichsanwalt Haftbefehl erlassen war, ist nicht vorgenommen worden.

Das vom Oberbürgermeister von Bamberg erlassene Verbot der Abhaltung eines Deutschen Tages in Bamberg, weil die Veranstaltung eine politische, Ruhe gefährdende sei, ist durch den Generalstaatskommissar aufgehoben worden.

Gegen die Abhaltung eines Betriebsrätekongresses in Bayern wurde ein Verbot erlassen.

In Sachsen wie auch in Thüringen ist endlich eine Einigung über die Aufnahme der Kommunisten in die sozialistischen Ministerien erreicht worden. Hoffentlich wird alles vermieden, anscheinlich der politischen Lage, den sozialistischen Block wieder in die Brüche gehen zu lassen.

Die Gewerkschaften rufen zum Streik auf zu den Arbeitnehmer, gegen alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Reichsdeutschen auf dem Boden zu sein. Die Gewerkschaften rufen zu entschlossen, den Boden auch mit den äußersten Mitteln zu führen, über deren Anwendung jedoch nur die Zentralleitungen der Gewerkschaften entscheiden dürften.

Zur Situation in Burg bei Magdeburg.

Die wirtschaftliche Lage besonders in der Schuhindustrie hier am Orte verschlechtert sich von Woche zu Woche. Einige kleine Betriebe haben ihre Betriebe stillgelegt und mit Ausnahme einer einzigen Fabrik, in der leider weitgearbeitet wird, arbeiten die anderen verkürzt bis herunter auf zwei Tage.

Daß bei einer solchen Arbeitszeit und dem dabei erzielten Verdienst die Reinhalter unsere Kollegen und Kolleginnen nicht froh sein können, sind, ist wohl zu begreifen. Man sieht den Schuhdieb, und leider finden sich auch bei unseren Mitgliedern Kollegen, die meinen, die Sozialdemokratie (!) und die Gewerkschaften (!) trügen die Schuld an den heutigen miserablen Zuständen. An diesseigen Parteien, die den Krieg gewollt und verlängert haben, an die Kriegsgewinnler, Schieber und Zauberer, und auch, daß wir den Krieg verloren und die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen haben, daran denken viele Kollegen nicht mehr.

Verschiedene Kollegen, deren Namen wir heute noch nicht nennen wollen, lassen ihre Wut und ihren Mißmut an der Gewerkschaft aus und drohen unter anderem, die Beitragsabdung einzustellen und durch Austritt (!) die anderen Kollegen aufzuhetzen, aus dem Verbande auszutreten. Diese Ausschreiten scheuen in der Verleumdung und propagieren den Unsinn, daß der Verband daß zusammenbrechen muß und sie dann der Beitragsabdung entgehen werden. (Eine solch unrichtige Auffassung, Rücksichtslosigkeit und Interessenschädigung der Gesamtkollegenschaft sollte man denn doch nicht mehr für möglich halten. Daß man denn nichts gelernt, nichts gelesen und gar nichts übertrieben? D. R.) Solche Kollegen hat es schon früher gegeben und man muß sich wundern, daß diese Leute aus der Geschichte so wenig oder garnichts gelernt haben, sie sind nie für die Interessen der Arbeiter gewesen und sind „Mitgliedsmitglieder, die wohl das vom Verband Errungene unentgeltlich mitnehmen, und auch nie betreiben werden können. Mitarbeiten und Opferbringen ist niemals ihre Sache gewesen. Bedauerlich ist es, daß Kollegen, die lange Jahre dem Verbande, mit in holdseliger Harmonie und diese unaufgeklärten Kollegen direkt und indirekt in ihrem schädlichen Treiben unterstützen. (Solche Selbstentmannung hat gerade noch gefehlt! D. R.)

In den achtziger und neunziger Jahren, wo wir und unsere Organisation von Polizei und Staatsanwalt schikaniert und verfolgt wurden, wo jeder Pfennig Lohnerhöhung durch jahrelangen Kampf und große Opfer den Arbeitgebern abgerungen werden mußte, standen die alten Kollegen, deren schon viele der ersten Reihen deckt, fest und treu zur Organisation, und viele Treue und festes Zusammenhalten jedes Einzelnen war die Wacht und sicherte den Erfolg. Heute ist der Verband an Mitgliedern groß und stark. Viele Vorteile auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind erreicht. Seit Jahren haben wir den Achtstundentag, und jede Zulage, die auch durch die Organisation schwer erkämpft werden muß, erhalten die Mitglieder ohne besondere Mühe. Daß dieses alles nur durch die Organisation geschehen, scheint manchen Kollegen zu vergessen und betrachten sie den Achtstundentag also etwas ganz Selbstverständliches. Gibt es denn heute wirklich noch Leute, die glauben, ohne den Verband auskommen? Jeder einigermaßen denkende Arbeiter, der offene Augen hat, muß doch klar sehen, was uns als Klasse noch aufrechterhält, um nicht völlig und wirtschaftlich in einen Abgrund geschoben zu werden.

„Ich führe euch herrliche Zeiten entgegen," sagte der schlechteste Soldat, der Kaiserlicher Wilhelm II., zu den Krupschen Arbeitern in Essen und nun sind es Zeiten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können. Mord, Diebstahl und Wucher sind die Folgen des unsäglichen Krieges. Das deutsche Volk ist belogen, betrogen und verleitet von den Verursachern des Krieges, die die Wirkungen des Krieges nie gefühlt, haben sich, nämlich wie die Kaiser und Schlachtenlenker.

Sind die Kollegen heute noch wirklich so naiv, daß sie annehmen, hinter bewaffnetem Kapitalismus ohne Verband eine menschenwürdige Existenz erhaltungen? Mit nichten! Die Wirklichkeit weist, was auf dem Spiele steht, nur einzelne Denkfaule, Kopf- und Gedankenlose sind so verdorben, daß sie das letzte Mittel ergreifen möchten.

Die Reaktion schließt sich immer enger zusammen, um die Macht an sich zu reißen. Das wird aber nie der Fall sein, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist und nicht ihre Organisation, politische wie gewerkschaftliche, schmählich im Stiche läßt. In diesen schweren Zeiten ist es mehr denn je die Pflicht der Arbeiterschaft, treu und fest zusammenzuhalten, denn der Verband ist der einzige Schutz und Halt der Arbeiter, läßt dieser Schutz, dann wehe dem arbeitenden Volke.

Wir glauben es nicht, daß die Einsichten, die es angeht, Boden gewinnen und ihr verräterisches Treiben mit Erfolg fortsetzen können. Deshalb müssen die wirklichen und festen Verbandsmitglieder nun erst recht werden und durch energischen Zusammenhalt und durch Zusammenwirken in den Betrieben Ordnung schaffen. Es geht wirklich nicht um Lappalien. Mit der Erhaltung des Verbandes geht es um das letzte Mittel zur Abwendung völliger Rechtlosigkeit und Knechtung!

Man nehme sich ein Beispiel an anderen Fachstellen, in denen die Organisation denn doch anders eingerichtet wird, zum Beispiel an Augsburg, wo Kolleginnen, die doch wirklich ebenfalls nicht auf Rosen gebettet sind, durch besondere Zuwendungen neben ihrem Verbandsbeitrag dem Nachbarblatt zu Hilfe eilen.

Zum Verband sind nicht die Zeit zu halten, erreicht an Selbstgerechtigkeit. Jene dornigen Kopfe, die daraus wurden, daß ihr eigenes Haus, in dem sie wohnen, einstürzt, werden sich aber dieses bestimmt verrechnen. Der Verband hat in der Zeit seines Bestehens schon manchen Zusturm getrotzt, auch der jetzige Ansturm, verursacht durch den Zahlungsaufruf, hat ihn nicht erschüttert. Wir wird Daß überwunden sein, daß bei der Auseinanderzusammenschleifen der Kollegenschaft.

Freilich, es stehen neue Stürme gegen die Arbeiterklasse bevor, die Situation ist ernst wie nie zuvor. Deshalb gilt es, die Macht der Arbeiterorganisation unabänderlich bereitzuhalten.

In diesen Tagen darf keine Kleinmütigkeit, keine Eigenbrötelei, keine Furcht vor der Verantwortung, kein selbstsüchtiges Streben in unseren Reihen Raum gewinnen! Heute gilt es nur eins: Mit beiden Herzen für den Bestand unserer Organisation, für die Existenz jeder einzelnen arbeiten und weiter. Jeder nicht böswilligen und rücksichtslosen Kritik, jeder Haltlosigkeit! Glaubt an eure Führer! Vertraut auf eigene Stärke und unbeugbare Kraft!

Rechnen und Kalkulieren! Vergeßt, was auf dem Spiele steht, erinnert die Lauen und Schwachlosen an die Worte Karl Marx:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein;" dazu ist eine Organisation eine dringende Notwendigkeit.

Zuzug nach Dänemark vermeiden!

Durch die große Arbeitslosigkeit veranlaßt, versuchen es deutsche Kollegen, im Ausland, speziell auch in Dänemark, unterzukommen, was zu verhindern, um die dänische Organisation zu schützen. Von dort werden wir nun gebeten, über die derzeitige Lage folgendes mitzuteilen: Obwohl in den dänischen Zweigfabriken surtext wieder der normale Betrieb herrscht, ist die Arbeitslosigkeit im ganzen doch unglücklich, sodaß das augenblickliche Chaos im Wirtschaftsleben besteht. Es gibt bekanntlich hier in anderen Ländern, daß die dänischen Behörden den fremden Arbeitskräften keine Unterstützung gewähren außer in ganz vereinzelten Fällen, wenn nachgewiesen wird, daß in dem betreffenden Fach Mangel an Arbeitskräften ist. Somit ist die Lage außerordentlich, so daß für die allermeisten Anfragen an die Organisation in Dänemark sich erübrigen dürften.

Die Lohnregelung.

Unter Anwendung des um 170 Prozent erhöhten Lebenshaltungsindex berechnet sich die Woche vom 8.—13. Oktober der (oberste) seine

Stundenzuschlag 22,686,224 .M.,

die prozentuale Zulage 425,366,600 Prozent,

und der Heimarbeiterzuschlag 528,485,800 Prozent.

Es ergeben sich demnach folgende Ortsklasse für Zuschläge und Preise der Arbeiter der Mindestlohnzuschlag im Kettlohn 90.744.896 .M. Der (unterste) Mindestlohn in der 5. Ortsklasse für Kolleginnen unter 15 Jahren berechnet sich auf 14.292.321.13 .M. (Wegen der Umrechnungen siehe die Kalkulation in der vorigen Nummer.) Der Mindestlohn ist entsprechend dem neuen Verdienst folgende Wochenbeiträge festgesetzt:

Wochenbeitrag für die 42. Beitragswoche.

(Woche vom 15.—20. Oktober.)

Klasse 1: 14 Mill. Mk.	Klasse 4: 56 Mill. Mk.	Klasse 7: 98 Mill. Mk.
„ 2: 28 „ „	„ 5: 70 „ „	„ 8: 112 „ „
„ 3: 42 „ „	„ 6: 84 „ „	„ 9: 126 „ „
		„ 10: 140 „ „

Als Wochenbeitrag für die vorhergehende Woche (41. Beitragswoche) gelt ein Betrag von 5 Millionen Mark in der untersten, gestaffelt bis zu 50 Millionen Mark in der obersten Beitragsklasse.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Laut Vereinbarungen gelten für die verschiedenen Betriebe folgende Schuharbeiter-Spitzenlöhne: Freiburg Sachsen: 4. bis 10. Oktober: Stückarbeiter 26.729.000, weibliche 21.222.000 .M. pro Stunde; 11. bis 17. Oktober: 101.600.000 bzw. 86.360.500 .M. Bezirk Unterfranken: Vom 1. bis 6. Oktober war der Spitzenlohn für Schuharbeiter (1. Ortsklasse) 45.152.000 .M. Für 22. bis 29. September war der Gesellenspitzenlohn 35 Millionen Mark. Für 1. bis 6. Oktober betrug er 41 Millionen Mark, die Entschädigung für Reparaturen 61.500.000 .M. pro Paar; die Entschädigung für Werkzeugarbeiten pro Woche 4.100.000 Mark, bei Neuarbeit pro Paar 1.370.000 .M.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 14 bis 20. Oktober der 42. Wochenbeitrag fällig ist.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6. Ziffer 1. des Statuts wird den nachfolgenden Ortsstellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt (siehe pro Beitragsmarke).

Baden-Baden, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 5 Prozent der nach den jeweiligen Grundbeiträgen. **Warmbach**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 500,000 Mk. **Bergzabern**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 1 Million Mark. **Burghausen/Mosel**, ab 30. Sept.: in der 1. bis 4. Beitragsklasse 5 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge, der 2. Klasse, und in der 4. bis 10. Beitragsklasse 5 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge, der 4. Klasse. **Düsseldorf**, ab 30. Sept. bis 13. Oktober: in allen Beitragsklassen 1 Million .M. **Engelskirchen**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 2 Millionen .M. **Erlangen**, ab 30. Sept.: in der 1. bis 4. Beitragsklasse 50 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge, der 5. bis 10. Beitragsklasse 5 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge. **Gelsenkirchen**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 1 Million .M. **Gera**, ab 30. Sept.: in der 2. Beitragsklasse, aufgerundet auf volle Millionen. **Hildesheim**, in allen Beitragsklassen 1 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge. **Gelch**, für die 10. Beitragsklasse in allen 3 Ortsgruppen 1 Million .M. für nämliche und Solingen für weibliche Mitglieder: ab 40. Beitragsmarke in allen Beitragsklassen 1 Million .M. **Hamburg**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 20 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge. **Hirschberg**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 1 Million .M. **Hof**, für jeweiligen Kontaktverband. **Karlsruhe**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 10 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge. **Mannheim**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 5 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge. **Meiningen**, ab 30. Sept.: in der 1. bis 5. Beitragsklasse 5 Prozent der jeweiligen Grundbeiträge, und in der 6. bis 10. Beitragsklasse 50,000 .M. **Naumburg a. d. S.**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen. **Reichenbach**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 100,000 .M. **Pirmasens**, ab 30. Sept.: in allen Beitragsklassen 500,000 .M.

Die Mitglieder genannter Ortsstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Zusatzbeiträge die Folgen des § 5 Absatz 4 nach sich zieht.

Nürnberg, den 13. Oktober 1923. **Der Vorstand.**

Auskunft in Betriebsratsfragen.

In wichtigen Angelegenheiten, wo Betriebsräte nicht selbst weiß zu klären ein sollten, kann unter Zuschrift des Zentralsitzes bei der Betriebsrätesekretär, Genossen Willi Huth, Stuttgart, Rotestr. 106, schriftlich Auskunft eingeholt werden. Bei Entscheidungen oder Auskunftsgebungen bestimmte man aber unbedingt der Anlage nicht, die Entscheidung unterhalten.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Bremerhaven. Unterstützungsauszahlung erfolgt täglich (außer Sonntags) von 12½ bis 1½ Uhr.

Briefkasten.

Augsburg. Kollege A. Tiele. Für 4.147.000 .M bem Pressefonds überwiesen. Kassierer-Quittung wird dankend quittiert.

Ortsbeamter gesucht!

Die Zahlstelle **Hamburg** sucht zum 1. Januar einen **Ortskassierer**. Bewerber müssen mündlich und schriftlich [illegible] gewandt sein. Entsprechende Bewerbungsschreiben über die Tätigkeit [illegible] sind zu richten an Zahlstelle „Bewerbung", Hamburg 13, Grindelhof 30. Bewerbungen an die Zentralverwaltung der Zahlstelle Hamburg, Hamburg 1, Beimdinnerhof 30, Gewerkschaftshaus, Kontor 6, zu richten. Bewerbungen unbedingt mit Angabe der Gehaltsansprüche. Gleichzeitig mit dem Bewerbungsschreiben ist der Zahlstelle Hamburg, Hamburg 1, Beimdinnerhof 30, Gewerkschaftshaus, Kontor 6, zu richten. Bewerbungen unbedingt mit Angabe der Gehaltsansprüche. Gleichzeitig mit dem Bewerbungsschreiben ist der Zahlstelle Hamburg, Hamburg 1, Beimdinnerhof 30, Gewerkschaftshaus, Kontor 6, einzusenden. Bewerbungen unbedingt mit Angabe der Gehaltsansprüche. Gleichzeitig mit dem Bewerbungsschreiben ist der Zahlstelle Hamburg, Hamburg 1, Beimdinnerhof 30, Gewerkschaftshaus, Kontor 6, einzusenden.

Unsern 1. Vorsitzenden Kollegen **Wilhelm Wolf** nebst Braut, Kollegin **H. Döring**, zu ihrer **Vermählung** die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Kamen (Westf.).

Unserm werten Kollegen **Joh. Köser** zum **50jährigen Jubiläum** die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Kirchheimbolanden.

E. Vögtle, Berlin N 54

Lothringer Straße 83

Generalvertretung der Firma Johannes Lange Söhne, Leipzig, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.

Sämtliche Werkzeuge für Hand- und mechanische Arbeit.

Spezialität:

Schwäbische Wetzer „Marke Hahnle"

Spezialwerkzeuge für Besohnähmaschinen, Stiefelreparaturen, Fabrikhaut Lederwerkzeug.

Kollegen! Lest die Zeitungen gründlich!

Komplette Einrichtung für Schäftemacherei

5 Steppmasch., Oesenmasch., gr. Anz. Mod.-Sätze Zuschneidetisch., Arbeitstische etc., Rostp. Fadenoesen, Schäfte usw. billig zu verkaufen. Geg. Hannover. Angebote mit Rückporto unter „R. Z." an die Exped. ds. B.

Spezial-Modellfachschule

J. Kröner, Bamberg (Bayern), Heiliggrabstraße 53

prakt. Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie

Drei Modell-Gradiermaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden.

Prospekt gratis. — Prima Referenzen. — Bei Anfragen Rückporto beifügen.

ebenso begeistert wie ein Stresemann von der Deutschen Volkspartei. Damit ist die

hohlköpfige Ueberhebung und grenzenlose Unverantwortlichkeit

gekennzeichnet, mit der diese Partei in die politische Arena tritt.

Das politische Erbe, welches die monarchistischen Kriegstreiber und Kriegsverlängerer, die Deserteure am Volk, hinterlassen haben und welches nicht zuletzt den bestpositionierten Schwierigkeiten die Revolutionsregierung zu liquidieren hatte, war wirklich alles andere als verlockend. Rückstrebsteuerinnen haben nationalistische Führer jedenfalls das öde, blöde und abgegriffene Schlagwort von den „Novemberverbrechern" bereit, um politisch Tenfsnale zu betören und die urteilslose Masse dem tatsächlichen Novemberverbrechern, d. h. Kriegsverbrechern abzulenken. Um die ungeheuren innenpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Schwierigkeiten zu meistern, haben fast alle Parteien ihre besten Köpfe vorgeschickt; die Demokraten einen Schiffer, einen Rathenau, die Zentrumspartei einen Wirth, Erzberger, Fehrenbach, die Deutsche Volkspartei einen Cuno, einen Stresemann. Das hindert aber die Deutschvölkischen nicht, ihre Schmutzkübel gerade über die Tüchtigsten dieser Leute auszuschütten. Was hatte den wirklich in abenteuerlichen privaten Verhältnissen stehenden Rathenau veranlassen können, seine ungeheuren Kenntnisse und Fähigkeiten der Allgemeinheit zu stellen, als das Bewußtsein vaterländischer Pflicht? Von dem nationalistischen Klüngel aber wird ein Rathenau noch nach der Ermordung verfolgt. Mit maßloser Ueberheblichkeit stellen die nationalsozialistischen Führer sich hin und geselleln sich in der nationalsozialistischen Kritik. Es wird den Nationalsozialisten weismachen versucht, die Nationalsozialisten könnten alles besser machen, wenn sie nur erst am Ruder wären. Diese persönliche Ueberhebung unter dem Mäntel geistiger Mittelmäßigkeit stehender Agitatoren mutet direkt pathologisch an. Der Glaube an die allerwelsmachende Gewalt militärischer Methoden hat dieses einen Hirne so eingenommen, daß es beinahe als verschwendete Mühe erscheint, ihnen klar zu machen, daß die Wirtschaft sich nicht mit Bajonetten regeln läßt. Ihre Gedankengänge müssen von allen Parteien, die über politische Reife und Urteilskraft verfügen, weit von sich geweisen werden.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß die Sozialdemokratie dem Nationalsozialismus, dessen verworrene Pläne direkt in das Chaos führen würden, in scharfster Kampfstellung gegenübersteht. Auch alle bürgerlichen Parteien, die auf Reputation halten, sind aus obigen Gründen den dieser unmündigen Bewegung glatt abgerückt. Die jugendlichen Leute in der Zentrumspartei (Bayerische Volkspartei), obschon sie sich sonst auch gegen einen monarchistischen Einschlag gelehnt, nehmen gegen den Nationalsozialismus eine scharfe Kampfstellung ein. Der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld faßte seine Meinung über den Nationalsozialismus in der Weise zusammen, daß dieser wegen seiner zentralistischen Einstellung, seines Modernkultus, seines Mangels an politischem Gehalt, seines exaltierten Antisemitismus, dann aber auch wegen seiner hässlichen Mittel des Hasses und der Gewalt an der Schwelle zu verwerfen sei. Ebenso deutlich hat das Organ des Führers der Bayerischen Volkspartei, des Herrn Held, den Standpunkt dieser Partei ausgedrückt. Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Gareis, auf den die deutschvölkischen Hetzblätter förmlich mit dem Finger gewiesen hatten, schrieb das Blatt:

„Den völkischen Bewegungen der Münchener, Deutschvölkischen und ähnlichen politischen Gebilden mit aller Macht zu Leibe gegangen werden, wenn die Landeshauptstadt nicht in den übelsten Ruf kommen soll. Wohin führen wir, wenn Ueberfälle und Mord an prominenten politischen Persönlichkeiten in Bayern zur politischen Gewohnheit werden würden? Daß würde kein Minister, kein Abgeordneter, kein Parteiführer mehr am Leben sein Dinge, wie sie sich in den letzten Wochen gewimmel in München ereignet haben, sind der Tod jedes politischen Lebens. An den Pranger mit diesen politischen Mordbuben und auch an den Pranger mit ihren Hintermännern, die als Anstifter am geistlichsten sind. Ihre Gnade geben. Auch wer im politischen Leben eine Atmosphäre schafft („Miesbacher Anzeiger", „Deutsch-Völkischer Beobachter" und ähnliche Erzeugnisse), in der solche Untaten gedeihen können, kann von der Mitschuld daran nicht freigesprochen werden. . . ."

„Es ist aber an lassen und dringend zu wünschen, daß die Lokerung Staatsregierung mit aller Macht gegen die Elemente vorgeht, die eine Atmosphäre in Bayern geschaffen haben, in der derartige Wahnsinnstaten gedeihen können. Die Deutschvölkischen und ihre Organe, wie der „Deutsch-Völkische Beobachter", der „Miesbacher Anzeiger" usw., die offen zur Sabotierung der Reichs- und Staatsgewalt, soweit sie ihnen nicht paßt, auffordern, sie sind die eigentlichen Schuldigen an den Verbrechen, das neuerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht. Ihnen und all den deutschvölkischen Hetzern in Münchener Versammlungen gegenüber, die öffentlich zur Gewalt und zu Pogromen auffordern, darf es keine Nachsicht mehr geben . . ."

In gewissen Zeiten war sogar in rechtsstehende Kreise die Erkenntnis gedrungen, daß die nationalsozialistische Bewegung eine Gefahr für das deutsche Volk geworden ist. So brachte z. B. in den Februartagen 1923 die „München-Augsburger Abendzeitung" eine Kritik Hitlers und seiner Leute aus Kreisen der deutsch-nationalen „Bayerischen Mittelpartei", die sagte, daß die verschiedenen Gruppen, die sich im Nationalsozialismus zusammengeschlossen hätten, weniger durch den politischen Gedanken der Vaterlandsliebe als durch den negativen des Hasses gegen das Volk Juda geeint würden. Diese verschiedenartigen Elemente würden vielleicht bis zum Umsturz des gegenwärtigen Staates zusammenhalten, sich aber dann mit Sicherheit untereinander befehden. Hitler selbst wird in der genannten Ausführung als ein Mann ohne staatspolitische Bildung und ohne strenge Selbstzucht bezeichnet; seine Aeußerungen auf dem Parteitag zeigten seine Hemmungslosigkeit wie seinen gänzlichen Mangel an geschichtlicher und politischer Bildung in exakterender Weise. Der nationalen Sache habe Hitler einen herzlich schlechten Dienst erwiesen und den vaterländisch gesinnten Massen vorgeworfen, die ihm nicht folgen seien, daß er sich — gelinde gesagt — unvornehm benommen. Schließlich wurde Herrn Hitler erklärt, „daß weder seine Drohungen noch sein Spott und Hohn die wahrhaft vaterländisch gesinnten Männer . . . von ihrem Wege abbringen werden. Sie stehen fest um die jetzige und um jede verfassungsmäßige Regierung, daß nicht nur kein Blasen, sondern kein Sturm sie umwehen kann."

Das erklärten die betreffenden deutschnationalen Kreise in Bayern in einer Zeit, wo die Nationalsozialisten ihnen offerierten, sich den Kopf zu waschen brauchen, in der Hoffnung, dieselben nicht in der Hand zu behalten. Der deutliche Hinweis,

auf verfassungsmäßigem Boden

zu kämpfen, sollte für die ihnen doch gesinnungsverwandten Nationalsozialisten jedenfalls als Warnung gelten. Von den Nationalsozialisten ist die Bekämpfung der republikanischen Verfassung stets ganz offen ausgesprochen worden. Nach den Ausführungen ihrer Führer lehnt die Partei den Parlamentarismus ab, erstreht alle die Diktatur. In den Januartagen 1923 drohten die Münchener Nationalsozialisten, wie es in einer Bekanntmachung des bayerischen Staatsministeriums heißt, damit, „daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengesetzt werde, weil ihnen ausschließlich ihres Parteitages Verantwortungen unter Zweckmäßigkeit verboten worden seien. Am 1. Februar sah sich denn auch gezwungen einer Debatte im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages Ministerpräsident v. Knilling zu der Aeußerung veranlaßt, „die Forderungen der Diktatur und der Beseitigung des Parlamentarismus und der Nationalversammlung haben Verfassungsbruch. Die Bewegung sei in ein für die öffentliche Ordnung außerordentlich bedenkliches Fahrwasser geraten."

Es ist augenscheinlich, daß die Anhänger des Hakenkreuzes mit ihrem Vorgehen den Grundsätzen und die nationale Ehre lebensgefährlich verletzen. Da sie sich selbst bewaffnen — was sich natürlich im Hintergrunde abspielt —, steht die Bewegung der Hakenkreuzanhänger augenscheinlich nur zum Teil auf legalem Boden. Denn daß die Staatsautorität bei Bestehen von militärisch aufgezogenen Verbänden neben den staatlichen Organen (Reichs-Militärtruppen) beeinträchtigt werden muß, liegt eigentlich auf der Hand. Mit der angeschrieben und zum Teil durchgeführten Selbstbewaffnung organisierter Banden ist zweifellos der gesetzmäßige Boden verlassen. Die Hakenkreuzler-Bewegung macht von dem gesetzlichen Vereins-, Versammlungs- und Presserecht nur Gebrauch, um einen Ausnahmezustand zum Umsturz des gesetzlich bestehenden Staates zu gewinnen, wobei sich ihre Agitation sogar auf die Träger bewaffneter

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Eßenweinstraße 1.